



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover  
Tel. 0511-302850, Fax 0511-3028530  
Internet: <http://www.nsgb.de>  
E-Mail: [nsgb@nsgb.de](mailto:nsgb@nsgb.de)

# Ratsbrief

NSGB-Intern Nr. **01/2006**

16.01.2006

Nachrichten für Bürgermeister/innen, Hauptverwaltungsbeamte/innen und Fraktionsvorsitzende aus dem Bereich des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)

---

**Der Spruch am Anfang:** Traue keinem Sänger - hör auf das Publikum.

## **Postagenturen**

**Die EU ermittelt die Zufriedenheit der Bürger mit der Post in ihrem örtlichen Angebot.** Die Ergebnisse dieser Internet-Befragung sollen in die Postpolitik der EU einfließen. In einem kurzen Online-Fragebogen (siehe [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/post/consultations\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/internal_market/post/consultations_de.htm)) wird unter anderem gefragt, ob die Lage von Poststellen und öffentlichen Briefkästen sehr wichtig, ziemlich wichtig, ziemlich unwichtig oder völlig unwichtig ist. Damit ist das in Deutschland hochaktuelle Thema „Schließung von Postagenturen“ auf der EU-Tagesordnung. Dass die Post AG im Mai aufgrund der massiven Proteste in der Hauptversammlung in einigen Fällen die Schließung von Postagenturen zurückgenommen hat, darf nicht beruhigen. Denn in vielen Bereichen ist der Kahlschlag im Poststellenbereich bereits abgeschlossen und die Post wird diesen kundenfeindlichen Weg weiter gehen, wenn der Gesetzgeber nicht eingreift. Die EU-Umfrage läuft nur noch bis zum 27. Januar 2006. Der NSGB hat die Städte und Gemeinden aufgefordert, sich an dieser Konsultation zu beteiligen. (04/V/1 - Rb 01/06 - 001)

## **Familienreport 2005**

**In Deutschland wird auf den Rückgang der Kinderzahlen reagiert.** Das zeigt der Vergleich ausgewählter Bundesländer im 2. Teil des Familienreports 2005 der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auch wenn sich der Ländervergleich leider nur auf die CDU-regierten Länder beschränkt, hat der Report wichtige Fakten in die aktuelle familienpolitische Diskussion eingeführt. Der Familienreport ist veröffentlicht unter [http://www.kas.de/publikationen/2005/7767\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2005/7767_dokument.html). Die Zusammenfassung der 12 wichtigsten Trends ist diesem Ratsbrief als Anlage beigefügt. (04/II/1 - Rb 01/06 - 002)

## **Kinder in der Stadt**

**Eine Konferenz „Kinder in der Stadt“ findet vom 16. bis 18. Oktober 2006 in Stuttgart statt.** Angesprochen sind kommunale Akteure und Verantwortungsträger. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht der Gedankenaustausch und die Entwicklung

neuer Ideen für eine kindgerechte Stadtplanung. Schwerpunkthemen sind u.a. aus der Sicht der Kinder die Gestaltung von Räumen und Plätzen sowie eine kindgerechte Stadtplanung. Bis zum 01. März 2006 besteht für die Kommunen auch die Möglichkeit, sich als Redner für diese Konferenz zu bewerben. Ggf. ist eine Kurzvorstellung von max. 1 DIN A 4-Seite an die Stiftung „Kinder in der Stadt“ unter der Mail-Adresse [lwaterreus@europoint-bv.com](mailto:lwaterreus@europoint-bv.com) zu richten. Ein Programmkomitee wird entscheiden, welche Kommunen für einen eigenen Beitrag auf der internationalen Konferenz ausgewählt werden. (04/IV/1 - Rb 01/06 - 003)

### **Koalition für Kinder**

**Im Emsland gibt es eine Große Koalition für Kinder.** In einer gemeinsamen „Koalitionserklärung“ haben sich alle gesellschaftlichen Gruppen verpflichtet, die Chancen für die Familien in der Region zu verbessern. Einzelheiten unter <http://www.emsland.de/index.php?parent=30&idcat=30&subidcat=30&idart=1117&idlang=1>. Es geht u.a. auch um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, besonders in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu sollen 2006 modellhaft mehrere Familienservicezentren in Mittelzentren und ländlichen Gemeinden eingerichtet werden. Sie sollen an Kindertagesstätten angegliedert werden und Angebot und Nachfrage koordinieren, um so flexible Betreuungsangebote zu ermöglichen sowie Elternkurse und Familienunterstützung zu vermitteln. (04/II/2 - Rb 01/06 - 004)

### **Familien**

**In deutschen Familien herrscht ein gutes Verhältnis zwischen Jung und Alt.** Das ergab eine Studie des Münchner Forschungsinstituts Polis. Danach berichteten 91 % aller Befragten und sogar 96 % der zwischen 14- und 34-Jährigen von einem "guten Verhältnis" zu den Verwandten. Gleichzeitig nahmen allerdings 58 % an, dass das Verhältnis zwischen den Generationen im Land ganz allgemein "eher schlecht" sei. 86 % befürworteten, dem Rat älterer Menschen zu folgen. Die Jüngeren wünschen, dass Ältere ihr Wissen Betrieben und Schulen zur Verfügung stellen (81 %), ehrenamtliche Aufgaben (71 %) und mehr Verantwortung für Kinder und Enkel (59 %) übernehmen. Die Älteren wollen, dass die Jüngeren gesund leben (90 %), für ihr Alter vorsorgen (85 %), das Wissen der Älteren aufgreifen (84 %), ehrenamtliche Aufgaben übernehmen (75 %) und ihre Eltern pflegen (63 %). (04/II/3 - Rb 01/06 - 005)

### **Wahlgeräte**

**Wahlgeräte sind in Deutschland noch die Ausnahme.** Allerdings haben bei der Bundestagswahl 2005 bereits 5 % der rund 62 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme an den elektronischen Zählautomaten abgegeben. Die 2.100 Geräte kamen in 65 Städten in Nordrhein Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Hessen zum Einsatz. Hauptursache für die Zurückhaltung dürften die Anschaffungskosten von ca. 4.000 € pro Zählgerät sein. In Niedersachsen steht eine Änderung des Wahlgesetzes bevor, so dass zur Kommunalwahl 2006 die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Wahlgeräten gegeben sein werden. (04/IV/2 - Rb 01/06 - 006)

### **Bundesgesetze**

**Das aktuelle Bundesrecht ist online abrufbar.** 5.000 Gesetze und Verordnungen sind damit unter [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de) verfügbar. Allerdings bleibt es dabei,

dass nur die Papierausgabe des Bundesgesetzblattes die amtliche Fassung eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung enthält. (04/II/1 - Rb 01/06 - 007)

### Sorgen und Ängste

**Die Ängste der Deutschen sind auf einem Rekordhoch.** Jeder Zweite blickt mit großer Angst in die Zukunft - doppelt so viel wie vor 15 Jahren. Zum 15. Mal hat das R+V-Infocenter rund 2.400 Deutsche nach ihren Ängsten befragt. Ganz oben stehen die Ängste vor steigenden Preisen, einem weiteren Rückgang der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit. Auch die Furcht vor sozialem Abstieg im Alter gewinnt an Bedeutung: Die Angst, pflegebedürftig, arm und einsam zu werden, ist seit Beginn der Studie 1991 stetig gestiegen. Die Ängste vor Terror, Straftaten und Krieg sind 2005 als einzige im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Das Thema Straftaten ist mit 24 % sogar auf einem Rekordtief angelangt. Einzelheiten der Studie unter [http://www.ruv.de/de/presse/r\\_v\\_infocenter/studien/aengste\\_deutsche\\_2005.jsp](http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste_deutsche_2005.jsp).

(04/II/2 - Rb 01/06 - 008)

### Versorgungslasten

**Die Versorgungslasten steigen weiter.** Nach dem 3. Versorgungsbericht des Bundes wird die Zahl der Versorgungsempfänger bis 2030 jährlich um 24.000 Personen steigen. Der berechnete Personenkreis bei Bund, Ländern und Gemeinden wächst von 895.000 im Jahr 2003 um 72 % auf 1.536.000 im Jahr 2030. Die höchsten Steigerungsraten liegen bei den Bundesländern. Dort wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger auf 1.165.000 (2030) verdoppeln; bei den Gemeinden wird sich die Zahl um 57 % auf 166.000 (2030) erhöhen. Bei der VBL wird die Zahl der Rentenempfänger um 90 % von 1 Mio. (2003) auf 1,9 Mio. in 2030 ansteigen.

Die Versorgungsausgaben belaufen sich derzeit bei den Kommunen auf ca. 2,8 Milliarden €, bei den Ländern auf 16,6 Milliarden €. Bis 2030 würden die Kosten im optimistischsten Szenario auf 3,7 Milliarden € (pessimistisch 7,7) bei den Kommunen und auf 28,0 Milliarden € (pessimistisch 58,5) bei den Ländern anwachsen. (04/VI/1 - Rb 01/06 - 009)

### 4. Mittelstandsstudie

**Der Mittelstand prägt die deutsche Wirtschaft.** Das belegen die Zahlen und Fakten der im Oktober vorgelegten neusten Mittelstandsstudie. Zum Mittelstand rechnen 1,3 Millionen Unternehmen, davon 48,6 % kleine Unternehmen mit höchstens vier Angestellten. Das größte Gewicht unter allen Mittelständlern haben die Dienstleister mit 48,9 %, gefolgt vom produzierende Gewerbe ( 31,4 %) und dem Handel (19,7 %). Die Studie ist veröffentlicht unter <http://www.impulse.de/the/man/265749.html>.

(04/IV/2 - Rb 01/06 - 010)

### Schwarzarbeit

**Eine sichtbar zu tragende Chipkarte soll Schwarzarbeit eindämmen.** Ein entsprechendes Pilotprojekt hat am 1. Januar in Berlin-Brandenburg begonnen. Für die Baubranche, das Taxigewerbe und für gastronomische Einrichtungen sind Chipkarten vorgeschrieben, auf denen der Name des Arbeitnehmers, ein Passbild, die Sozialversicherungsnummer und das Geburtsdatum ausgewiesen werden. Diese Karte muss während der Arbeitszeit durchgängig und gut sichtbar an der Kleidung getragen werden. Die Bundesregierung wird bei einem Erfolg des Pilotprojekts die Chipkarten gegebenenfalls bundesweit einführen. Deutschlandweit wird der Schaden durch Schwarzarbeit auf rund 350 Milliarden Euro beziffert. Im Rahmen des Pilotpro-

jekts wird eine Reduzierung der Schwarzarbeit um mindestens 10 % für möglich gehalten. (04/V/3 - Rb 01/06 - 011)

### **Standort Deutschland**

**In der US-Wirtschaft genießt der Standort Deutschland einen guten Ruf.** Nach einer Mitteilung der Deutschen Bank hat die Unternehmensberatung Boston Consulting unter den 100 umsatzstärksten und innovativsten US-Unternehmen einen günstigen Investitionstrend ausgemacht: 40 % rechnen mit einem Anstieg der Investitionen, 71 % mit Umsatzsteigerungen. Als Standort für Marketing- und Kompetenzzentren führt Deutschland in Europa die Beliebtheitsskala an. Auf der Wunschliste von US-Firmen stehen ein höheres Wirtschaftswachstum (29 %), die weitere Deregulierung des Arbeitsmarkts (25) und niedrigere Lohnkosten (20). (04/V/4 - Rb 01/06 - 012)

### **Vereine in Deutschland**

**In Deutschland gibt es 594.277 eingetragene Vereine (e. V.).** Das sind ca. sieben Vereine auf 1.000 Bundesbürger. Spitzenreiter ist der Postleitzahlbereich 5 mit mehr als 86.000 Vereinen. Des Deutschen liebstes Vereinsthema ist erwartungsgemäß der Sport, gefolgt von der Freizeit- und Heimatpflege. Nachzulesen sind diese Informationen in der soeben erschienenen Vereinsstatistik 2005. Sie basiert auf den Angaben örtlicher Vereinsregister und enthält keine Aussagen über die Größe und Aktivitäten der Vereine. (04/II/3 - Rb 01/06 - 013)

### **Zuwanderung**

**Es gibt eine neue Website [www.zuwanderung.de](http://www.zuwanderung.de).** Damit informiert das Bundesinnenministerium nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes über die neue Rechtslage und die entsprechenden gesetzlichen Quellen. Sämtliche Verordnungen und Gesetze rund um Migration und Integration sind auch im Volltext abrufbar. Das Angebot enthält auch einen Katalog von Antworten zu häufig gestellten Fragen zum Zuwanderungsrecht. Neben Links zu anderen einschlägigen Websites, wie der des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, enthält die Website ein eigenes Informationsangebot vor allem zu Einzelheiten des Zuwanderungsgesetzes. (04/IV/3 - Rb 01/06 - 014)

### **Beamte in Frühpension**

**Immer weniger Bundesbeamte lassen sich vorzeitig pensionieren.** 2004 erreichten 54 % der pensionierten Beamten und Richter des Bundes die Regelaltergrenze von 65 Jahren. 2003 waren es 46 %, ein Jahr zuvor 37 %. 1997 - ein Jahr vor Einführung der Abschläge bei vorzeitiger Pensionierung - gingen knapp 6 % der Bundesbeamten mit 65 Jahren in den Ruhestand. Der Grund für diesen neuen Trend dürfte daher in den finanziellen Einbußen bei Frühpensionierung liegen. (04/VI/2 - Rb 01/06 - 015)

### **Mitgliederversammlung 2006**

Die Mitgliederversammlung 2006 des Nds. Städte- und Gemeindebundes findet am 8. Juni 2006 statt. Als Tagungsort ist die Stadt Gifhorn vorgesehen. (04/V/5 - Rb 01/06 - 016)

**Der Spruch am Ende:** Die richtige Richtung ist wichtiger als der richtige Weg.